V. b. b. Zeitung vom Verleger versendet
„Journal éxpedite par l'éditeur

2. Jahrgang · Nr. 52 · Preis 25 Groschen

der Judenstaat

zionistisch-revisionistisches Organ — Erscheint wöchentlich

Abonnement-Preis: Österreich: vierteljährig S 2·90, halbjährig S 5·50, ganzjährig S 10·- / Deutschland: vierteljährig RM. 2·- / Polen: vierteljährig Zl. 3·50
Jugoslavien: vierteljährig Din. 40·- / Rumänien: vierteljährig Lei 100·- / C.S.R. vierteljährig Kc. 15·— / Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schw. Frc. 2·90
Postsparkassen-Konti.: Österreich B-11.035, • C. S. R. 501.540, • Polen Dr. Aron Goldin 27.765, • Jugoslavien Rudolf Heller, Osijek 36.843

Wien, Freitag, den 4. Mai 1934
וינה, יום ו׳ י״ט איר תרצ״ד
Redaktion und Administration: **Wien, I., Adlergasse 4** (Griecheng. 3) · **Telephon R-23-0-04**

Der politische Sensationsprozeß in Jerusalem

(Von unserem Korrespondenten)

Jerusalem,

Frau Arlosoroff ist elegant gekleidet und ist Trumpf.

Der Prozeß ist in vollem Gange. Schon am frühen Morgen des ersten Tages versammelte sich vor dem Gerichtssaal eine tausendköpfige Menschenmenge. Die Angeklagten wurden aneinandergekettet vorgeführt, so daß sich der mittlere kaum bewegen konnte. Die Menge begrüßte sie mit stürmischen Ovationen. Schitreet, der Ankläger, erblaßte vor Wut.

Gestern, am 23. April, begann die Aussage der Frau Arlosoroff. Sie erschien in Begleitung einiger Damen. Eine dieser Damen saß sogar die ganze Zeit während ihrer Aussage neben ihr am Podium (eine sonst nicht übliche Praxis). Frau Arlosoroff trug elegante schwarze Toilette und machte ununterbrochen nervöse Bewegungen mit dem Kopf. An manchen Stellen widersprach sie ihren früheren Aussagen kraß, und immer, wenn sie im Feuer des Kreuzverhörs etwas unsicher wurde, bat sie um eine Pause. Auf ihren Wunsch wurde die Verhandlung dann auch sofort unterbrochen, sie verließ den Saal und besprach mit ihrem Advokaten die Fragen. Dann kam sie zurück und das Spiel ging weiter...

Zionistische Exekutive reißt aus.

Einige Mitglieder der zionistischen Exekutive hat eine plötzliche Reiselust ergriffen. Eliezer Kaplan (durch Benzion Katz' Artikel genügend bekannt) hat am Tage des Prozeßbeginnes beschlossen, ins Ausland zu fahren und reist morgen ab. Auch Shertok verläßt in einigen Tagen das Land. Scheinbar haben diese Herren Angst, daß es vielleicht der Verteidigung einfallen könnte, sie als Zeugen zu rufen.

Die „regierenden Kreise" von der sozialistischen Partei sind auf den Oberrabbiner Cook und seine Freunde wegen ihres Aufrufes fürchterlich aufgebracht. Interessant ist es, daß der „Haaretz" sich ganze drei Tage überlegte, ob und wie er diesen Aufruf veröffentlichen soll. Schließlich brachte er ihn heute klein gedruckt und versteckt.

Geschäftige Privatankläger.

Der Gerichtssaal ist klein; nur 50 Plätze sind dem Publikum und zwölf den Journalisten zugewiesen. Doch erscheinen die drei sogenannten Vertreter der Privatanklage mit ihrem gesamten Kanzleipersonal und vergrößern noch das Gedränge. Manche ihrer Beamten sind recht rührig und geschäftig. Besonders zeichnet sich irgend ein Herr Schwarz aus. Er schaut während der Verhandlung hie und da in die Kanzlei des Gerichtes hinein und beaufsichtigt dort die Anfertigung der Gerichtsprotokolle.

Die Rolle eines Sozialistenführers

Große Empörung hat die Tatsache hervorgerufen, daß die Führer der sozialistischen Histadruth vor Beginn des Prozesses mit Frau Arlosoroff einen regelrechten Präparierkurs für ihre Zeugenaussage durchführten. Man hat in Erfahrung gebracht, daß sie vom Sozialistenführer Dov Hos in der letzten Woche täglich besucht wurde. Dieser Herr hat übrigens ausgezeichnete Verbindungen mit den britischen Polizeiagenten. Er war es, der seinerzeit von der Polizei die Kopien aller Dokumente und auch die von Achi Meirs Tagebuch erhalten haben soll, die von den Sozialisten auf dem letzten Zionistenkongreß in Prag verwertet wurden.

Frau Arlosoroff ist nach Jerusalem in Begleitung dieses Dov Hos gekommen; er brachte sie in den Gerichtssaal und begleitete sie dann auch in ihre Wohnung.

Die Histadruthführer bemühen sich überhaupt, in unmittelbarem Kontakt mit den Zeugen der Anklage zu stehen, auf daß diese sich ja nicht in ihren früheren Aussagen widersprechen. Ganz besonders unterliegt Frau Arlosoroff einer strengen Bewachung. Ihre Wohnung in Jerusalem darf ein Fremder nicht betreten. Dov Hos wußte es z. B. auch zu vermeiden, daß Frau Arlosoroff mit dem Autobus nach Jerusalem fahre, in dem der Bürgermeister von Tel-Awiw Dizengoff fuhr.

* * *

„Der Leipziger Prozeß des Nahen Ostens"

London. Die meisten englischen Zeitungen lassen sich telegraphische Berichte über den Arlosoroff-Prozeß geben. Die Londoner „Times" hat bis jetzt redaktionell noch nicht Stellung genommen, hingegen schreibt der „Manchester Guardian", der Prozeß sei „einer der tragischesten des letzten Jahrhunderts". Die Zeitung stellt fest, daß die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung von der Unschuld des Angeklagten überzeugt ist. Wenn nun der wirkliche Leipziger Prozeß mit einem erfreulichen Urteil geendet hat, so ist noch nicht zu erkennen, wie der „Leipziger Prozeß des Nahen Ostens" ausgehen werde.

Die Juden beten zu Gott um einen Freispruch

Wir haben in unserer letzten Nummer über die Stimmung im jüdischen Palästina im Zusammenhang mit dem Mordprozeß berichtet, ebenso über die Aktion des Oberrabbiners Cook. Die Jüdische Telegraphenagentur berichtet nun vom 25. April darüber folgendes:

In weiten Kreisen der palästinensischen Judenheit kommt der Wunsch zum Ausdruck, daß der Prozeß zu einem Freispruch der drei Angeklagten führen möge. Für die Stimmung in der jüdischen Bevölkerung Palästinas ist es charakteristisch, daß die antirevisionistische bürgerliche Tageszeitung „Haarez" anläßlich der Eröffnung des Prozesses einen Leitartikel veröffentlicht, in dem sie den Wunsch ausdrückt, daß die von den Revisionisten im Ausland für den Verteidigungsfonds eingeleiteten Sammlungen vollen Erfolg haben mögen.

Auf Initiative von Oberrabbiner Cook wurde nach Jerusalem eine Konferenz führender Rabbiner, Misrachisten und Allgemeiner Zionisten, einberufen. Die Konferenz beschloß, zum Arlosoroff-Mordprozeß in doppelter Weise Stellung zu nehmen. Erstens will sie einen Aufruf erlassen, in dem zur Unterstützung der Sammlung von Mitteln für die Verteidigung der Angeklagten aufgefordert werden soll. Zweitens soll ein allgemeiner Fasttag proklamiert werden, an dem Gebete darum gesprochen werden sollen, daß die Richter die Angeklagten als nicht schuldig befinden mögen.

Vladimir Jabotinsky:

Prozeß-Tagebuch

Sonntag, den 29. April. Soviel man aus den knappen telegraphischen Nachrichten entnehmen kann, hat die Einvernahme der Frau Arlosoroff zumindest zwei neue wichtige Momente zutage gefördert.

Erstens ist Frau Arlosoroff diesmal nicht mehr imstande, „genau anzugeben, wo die vier Personen während des Verbrechens gestanden sind".

Das ist ganz neu. Beim Verhör vor dem Untersuchungsrichter Bodilly hat Frau Arlosoroff gerade das sehr genau beschrieben. Sie hat es sogar auf das Papier gezeichnet, dort vor dem Untersuchungsrichter. Der „kleine Mörder" sei, als er schoß, dem Dr. Arlosoroff ganz genau von Angesicht zu Angesicht gegenübergestanden. Rosenblatt fragte daraufhin: Wenn dem so war, wie konnte es dann sein, daß die Aerzte bei der Operation feststellten, die Kugel sei von rechts in den Leib gedrungen und habe das Eingeweide von rechts nach links durchtrennt. Das ist ja nur dann möglich, wenn der Attentäter nicht vis-à-vis von seinem Opfer, sondern auf seiner rechten Seite steht. Diese Frage konnte Frau Arlosoroff damals nicht beantworten.

Jetzt, nach einem halben Jahr, stellt ihr Horace Samuel anscheinend dieselbe Frage: Eines von beiden. Entweder ist der Mörder an der rechten Seite bei ihrem Mann gestanden, oder er war linkshändig und hat mit der linken Hand den Schuß abgedrückt. Sie, die Sie die subtilsten Gesichtszüge sogar in der Nacht „sehen" und diese nach vielen Wochen noch „erkennen", Sie, die Sie jede Bewegung des „kleineren Mörders" beschrieben haben, wie er die Hand gehoben habe usw. usw. — Sie müssen sich doch daran erinnern können, ob er vis-à-vis oder rechts gestanden sei. Und wenn er nun mit der linken Hand den Schuß abgedrückt hat, so ist das doch ein so merkwürdiges Detail, das einfach in die Augen springen muß, insbesondere bei einem Menschen, der so gute Augen hat wie Sie.

Das „Unglück" aber ist, daß Rosenblatt kein Linkshänder ist. Deshalb behauptet jetzt Frau Arlosoroff, wie die Zeitungen berichten, nicht mehr genau zu wissen, wo er gestanden sei. Daraus folgt, daß Frau Arlosoroff dem Untersuchungsrichter zumindest anläßlich dieser Einzelheit Dinge erzählt hat, die unrichtig sind. (Der Streifen Papier mit ihren Zeichnungen und den dazugehörigen langen genauen Erklärungen ist im offiziellen Protokoll enthalten und liegt jetzt auf dem Gerichtstisch, wird also mit der jetzigen Aussage verglichen werden können.) Hauptsache aber ist die Tatsache, daß Frau Arlosoroff heute selbst gesteht, ihr „Gesichtsgedächtnis" sei gar nicht so stark. Im Gegenteil, es ist sehr schwach. Das Klarste, was auch in der Nacht wirklich gesehen werden kann, ist ja gerade das, wo der Mann, der schoß, gestanden sei. Jeder Mensch, der normale Augen hat, und ein normales Gedächtnis, wird so etwas auch in der Nacht bemerken und es nicht vergessen. Frau Arlosoroff gesteht jetzt, es nicht bemerkt oder es vergessen zu haben. Hingegen will sie, man möge ihr glauben, daß sie sich das Gesicht Rosenblatts so gut gemerkt habe, um es 34 Tage nach dem Verbrechen „identifizieren" zu können.

In einem Prozeß, wo die einzige Stütze der Anklage der Glaube ist, daß Frau Arlosoroff mit einem außerordentlich guten „Gesichtsgedächtnis" gesegnet ist, muß dieses Moment in ihrer neuen Aussage als sehr bedeutend, richtiger als entscheidend angesehen werden.

Zweitens steht in den Telegrammen: „Aus der Aussage der Frau Arlosoroff erfährt man, daß die „Histadruth" eigene Privatdetektive in den Dienst gestellt hatte. Das ist ein Geheimnis,

das jeder schon seit langem wußte. Jetzt hat es Frau Arlosoroff selbst einbekannt. Daraus folgt natürlich, daß ihr jene Privatdetektive bekannt waren. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sie in Kontakt mit ihr „arbeiteten“, sich mit ihr berieten, besonders während des ersten Monats, als der zweite Mörder noch immer gesucht wurde (der „kleine“). Es ist noch zu früh, Genaueres darüber zu sagen, welche Bedeutung das für den Prozeß hat. Jedenfalls ist dies von außerordentlich großer Wichtigkeit, und jeder Leser, der den Prozeß verfolgt, möge an dieses Faktum ja nicht vergessen.

Die übrigen Momente der Aussage sind nicht neu. Die Geschichte darüber, daß sie angeblich ausgerufen habe, „Juden haben meinen Mann ermordet“, hat sie schon vor dem Untersuchungsrichter vorgebracht; sie hat dabei selbst eingestanden, daß ihr der Verwundete geantwortet habe: „Nein, Sima, nein.“

Später haben sich beim Untersuchungsrichter drei Zeugen gemeldet, die bestätigten, daß Frau Arlosoroff unmittelbar nach dem Mord gesagt habe: „Ich bin zu 99 Prozent sicher, daß die Mörder Araber waren.“ Einer dieser Zeugen, Moscheh Schermeister, ist selbst Polizeisergeant. Neu ist vielleicht, daß Frau Arlosoroff sagt, sie sei niemals Mitglied der „Histadruth“ gewesen. Schon möglich. Die „Histadruth“ ist eine Gewerkschaft der Lohnarbeiter und Frau Arlosoroff ist keine Lohnarbeiterin. Es bleibt nur die Frage, ob sie ein Mitglied der „Mapai“ ist, der politischen sozialistischen Partei. Wenn anders, warum sollte ihr die linke Presse in Palästina immer den Titel Genossin Sima gegeben haben? Diese Frage ist nicht sehr wichtig; wichtig ist, ob jene Privatdetektive in Verbindung mit Frau Arlosoroff gearbeitet haben. Und darüber besteht kein Zweifel mehr.

Sonderbare Zusammenhänge

p. h. Wien, 3. Mai

In den letzten Wochen hat sich ein Ereignis vollzogen, von dem die jüdische Presse ziemlich wenig Notiz genommen hat, und wenn, dann mit reichlich viel Unverständnis. Es handelt sich um die Aufdeckung einer antifaschistischen Verschwörung in Turin, Mailand und Rom. Die »Verschwörer« sollen samt und sonders Juden sein. Die italienische Presse, die offiziöse und die offizielle, hat wie auf Kommando sehr heftig und mit viel Aufwand an Lungenkraft aus diesem Anlaß antisemitischen Lärm geschlagen, die Juden Italiens haben sich geduckt, entschuldigt; und es heißt, daß offizielle Vertreter des offiziellen Judentums von ihren offiziellen Aemtern, jüdischen natürlich, zum Zeichen der Reue und Busse Abschied nehmen wollen. Unter den verhafteten Verschwörern befindet sich auch ein »zionistischer« Jugendführer mit dem Namen Leo Levy. Grund genug auch für »Zionisten« Italiens, sich in Sack und Asche zu hüllen.

Das Bezeichnendste in der ganzen Affäre ist die Plötzlichkeit ihres Entstehens, die Enthüllung, daß ihre Helden nur Emissäre einer Zentrale in Paris sind und zu guter Letzt der Umstand, daß die italienische Presse, die bis dahin die Juden, zumindest die Italiens, als gut und brav befunden hat, wie über Nacht den echten antisemitischen Ton gefunden hat.

Hier scheint etwas vorzugehen, was nicht in Italien selbst zu suchen ist. Hier scheinen Kräfte am Werk zu sein, die etwas anderes im Schilde führen als die Absicht, das heute herrschende faschistische Regime in Italien zu stürzen. Das heutige Italien ist Symbol einer neuen politischen Staatslehre, ist Lehrmeisterin aller jener, die die in diesem Lande verwirklichte soziale und politische Struktur nachzuahmen und zu erreichen wünschen. Italien war nicht antisemitisch, im Gegenteil, es ließ mehr als einmal die politischen Epigonen jener Staatslehre in Mitteleuropa wissen, daß es ihr antisemitisches Getue als plebejischen Humbug betrachte. Und als Englands gebrochenes Wort gegenüber dem jüdischen Volk in seinem historischen Willen, im Heimatlande Palästina den Judenstaat zu errichten, der ganzen Welt bekannt wurde, da ertönte da und dort der Ruf nach einer Revision des Mandatssystems, da ließ mancher internationale Politiker den Gedanken zu, ob es nicht angebracht wäre, den italienischen Machtraum im Mittelmeer bis nach Palästina auszudehnen im Einvernehmen mit den Juden, denen Italien ein gerechter Sachwalter sein könnte. Die Ablehnung des Antisemitismus durch das faschistische Italien, die immer schärfere Formen annehmende Empörung gegen das mandatswidrige Verhalten Englands in Palästina — sollten das nicht Beweggründe gewesen sein, um eine jüdische Affäre in Italien zu erzeugen? Mußte nicht rasch etwas geschehen, um dem italienischen Volk zu zeigen, wie gerechtfertigt die verschiedensten Formen des Antisemitismus sind, sollte ihm nicht der Appetit der Judenfreundschaft verdorben und den Juden selbst die Sympathie für Italien, das nun auch antisemitisch sein kan, genommen werden? Ja, die antisemitische Internationale, auch die gerne im Trüben fischende kommunistische, versteht sich aufs politische Geschäft und nicht minder jenes britische Abenteuertum, das unangenehme Komplikationen zumindest für den Tag zu beseitigen weiß.

Trick dunkler Elemente so prompt herein.

Erstaunlich ist, daß die italienische Oeffentlichkeit diesem durchsichtigen gefallen ist. Im heutigen Europa treibt sich ein professionelles politisches Gangstertum herum, dem so gewiegte Kenner der internationalen Verhältnisse, wie sie Italien hat, nicht aufsitzen müßten.

Die Juden aber sollten lernen, Zusammenhänge zu sehen, nicht sofort in die Knie zu sinken und »Ich habe gesündigt, vergib mir, o, Herr« zu rufen! Zumindest sollten es die Zionisten lernen, im Angesicht einer solchen »jüdischen« Affäre wie der in Turin, Mailand und Rom, ohne Hysterie und mit aller Gelassenheit einem Spiel entgegenzutreten, das sich gegen sie richtet. Da verfengt auch nichts, wenn ein »zionistischer« Jugendführer mit dabei ist bei der Partie des internationalen antijüdischen Gangstertums.

Der Prozeß-Verlauf

Ueber den bisherigen Verlauf des Prozesses berichtet die ITA aus Jerusalem:

Die Eröffnungsverhandlung

Die am 23. April vor dem Jerusalemer Geschworenengericht stattgefundene erste Verhandlung trug ganz das Gepräge eines Sensationsereignisses. Schon um 7 Uhr morgens, zwei Stunden vor Verhandlungsbeginn, drängten sich Hunderte von Einlaßsuchenden vor dem Gerichtsgebäude. Mit Rücksicht auf den Raummangel wurden allerdings nur 50 Personen als Zuhörer zugelassen. Ferner folgten 15 Vertreter der Presse der Verhandlung. Das Gerichtsgebäude war nach allen Seiten von einem dichten Kordon von Polizeimannschaften zu Fuß und zu Pferd abgeriegelt. Die dichtgedrängte Zuhörerschaft im Saal bot ein buntes Bild. Man sah langbärtige Juden in traditioneller Tracht neben Jugendlichen in Arbeiterhemden, Araber in Nationaltracht und auch Frauen. Einer größeren Menschenmenge wurde gestattet, in der Vorhalle des Gerichtsgebäudes die Ergebnisse der ersten Verhandlung abzuwarten. Dutzende von Polizisten sorgten hier für die Aufrechterhaltung der Ordnung und hielten den Aufgang zu dem Stockwerk, in dem sich der Verhandlungssaal befindet, bewacht.

Als Stavsky, Rosenblatt und Achi-Meir dem Gefangenenwagen, in dem sie zur Verhandlung gebracht wurden, entstiegen, wurden sie mit lauten aufmunternden Zurufen empfangen. Die Angeklagten wurden sofort in den Verhandlungssaal geführt, den sie mit munteren Mienen betraten. Als Stavsky zur Anklagebank geführt wurde, trat seine Mutter mit tränengefüllten Augen auf ihn zu, umarmte ihn, sprach ihm Mut zu und sagte ihm, daß sie auf seinen Freispruch hoffe.

Der Eröffnungsverhandlung wohnte mit Rücksicht darauf, daß Stavsky polnischer Staatsangehöriger ist, ein Beamter des polnischen Konsulats in Jerusalem als offizieller Vertreter des Konsulats bei.

Die blamierte Anklageschrift

Der Verteidiger wandte sich zunächst gegen den Text der Anklageschrift, in der gegen alle drei Angeklagten in gleicher Weise die Beschuldigung des Mordes erhoben wird. Rechtsanwalt Samuel erklärte, die Anklageschrift spreche selbst davon, daß Stavsky Dr. Arlosoroff nur ins Gesicht geleuchtet habe; somit könne er den Mord selbst nicht begangen haben. Was Achi-Meir betreffe, so sei der Passus in der Anklageschrift: »Er hat zur Ermordung Dr. Arlosoroffs geraten und sie veranlaßt« völlig bedeutungslos, da keinerlei Einzelheiten angeführt seien, aus denen hervorgehe, in welcher Weise Achi-Meir zu dem Morde geraten habe. Auf Grund der von Rechtsanwalt Samuel vorgebrachten Einwände beschloß das Gericht, den Text der Anklageschrift abzuändern und in ihn die von Achi-Meir in Haifa gehaltene Rede und den von ihm im »Chasith Haam« veröffentlichten Artikel einzufügen, die beide als Aufreizung zu Terrorakten gedeutet werden. Der übrige Teil der Verhandlung war hauptsächlich einem Ueberblick über die Untersuchungsergebnisse in dem Mordfall gewidmet, den der Generalstaatsanwalt in zweistündiger Rede gab. Der Staatsanwalt legte hierbei das Hauptgewicht auf die politische Fehde zwischen Arbeiterparteilern und Revisionisten und vertrat den Standpunkt, daß dieser Zwist im Grunde zu dem Morde geführt habe.

Die ersten Zeugen

Während die Vormittagsverhandlung des Montag der Verlesung und Abänderung der Anklageschrift gewidmet war, begann man in der Nachmittagssitzung mit der Vernehmung jener Zeugen, die mit dem tödlich verwundeten Dr. Arlosoroff am Mordabend ein Gespräch geführt haben.

Als erster Zeuge wurde der Bürgermeister von Tel-Aviv Mayer Dizengoff vernommen, der kurz nach dem Morde am Abend des 16. Juni in das Tel Aviver Hospital, in das Arlosoroff eingeliefert wurde, eilte und mit ihm ein kurzes Gespräch über die Umstände des Mordes führte. Dizengoff schilderte genau und eindringlich diese seine letzte Begegnung mit Dr. Arlosoroff. Die letzten Worte, die Arlosoroff zu Dizengoff sprach, lauteten: »Sieh, was man mir angetan hat!« Ueber die mutmaßlichen Täter sagte Arlosoroff nichts.

Es folgte die Einvernahme des jüdischen Polizisten Selig Kampf, der an die Mordstelle gerufen wurde und die Ueberführung Arlosoroffs in das Hospital veranlaßtte. Er sagte aus, Arlosoroff habe sich geweigert, seine, Kampfs, Frage nach dem Täter oder Tätern zu beantworten. Hier griff der Verteidiger Horace Samuel zum erstenmal ins Zeugenverhör ein. Er richtete an den Polizisten Kampf die Frage, ob sich in der Brieftasche auch die Photographie einer Frau befand. Kampf erwiderte, er erinnere sich nicht daran. Ein anderer jüdischer Polizist, Selig Ostrowsky, sagte aus, in dem Polizeibericht war gar keine Rede davon, daß sich in der Brieftasche Arlosoroffs die Photographie einer Frau befunden hätte.

Der Regierungsadvokat Musa Alami ließ die arabische Frage in ein Kreuzverhör, in das er den Polizisten Ostrowsky zog, mit hineinspielen. Er fragte Ostrowsky, ob das im offiziellen Polizeibericht über den Mord vorkommende Wort »arab« etwa darauf anspiele, als hätte Arlosoroff gesagt, daß Araber die Mörder wären. Wäre dies der Fall, so würde die ganze Aussage verzeichnet worden sein. Ostrowsky erwiderte, er selbst glaube auch nicht, daß im Polizeibericht auf eine solche Aussage Arlosoroffs angespielt worden wäre.

Der jüdische Polizeistaatsanwalt in der Schlinge

Die Vormittagsverhandlung am 24. April, dem zweiten Tag im Prozeß, wurde mit der Vernehmung des Polizeikommissars Shitreet eingeleitet, der im Vorverfahren des Prozesses die öffentliche Anklage vertreten hatte. Shitreet verlas in hebräischer Sprache die von Stavsky und Rosenblatt unmittelbar nach ihrer Verhaftung vor ihm gemachten Aussagen. Danach erklärten sich beide als nicht schuldig und schilderten als Alibibeweis unter Anführung von Einzelheiten, wie sie die Zeit, zu der Dr. Arlosoroff in Tel Aviv ermordet wurde, in Jerusalem verbracht hätten. Verteidiger Samuel stellte sodann ein Kreuzverhör mit dem Zeugen an. Er wollte wissen, ob die von den beiden Beschuldigten gemachten Aussagen freiwillig gemacht worden oder durch Drohung zustande gekommen seien. Kommissar Shitreet erklärte, einzelne Teile der Aussagen seien Antworten auf Fragen der mit der Untersuchung beauftragten Beamten gewesen, die einzelne Punkte aufklären wollten. Auf eine nach der Vernehmung Shitreets an Stavsky und Rosenblatt gestellte Frage antworteten diese, sie hätten den Bekundungen des Kommissars nichts hinzuzufügen.

Die Einvernahme des Polizisten Ostrowsky wurde am 24. April fortgesetzt. Ostrowsky wurde gefragt, gegen wen sich der erste Verdacht gerichtet habe. Ostrowsky erklärte, zuerst sei ein Araber verhaftet worden und später eine Gruppe aktiver arabischer und jüdischer Kommunisten. Alle diese seien später wieder freigelassen worden, da man ihnen nichts habe nachweisen können.

Der Verteidiger Horace Samuel zog nun den Polizei-Staatsanwalt Shitreet in ein Kreuzverhör, das sich besonders auf die an der Mordstelle vorgenommene Reproduktion der Fußabdrücke bezog. Samuel erinnerte daran, daß die Spurensachverständigen ausgesagt hatten, die Fußabdrücke zeigten das Bild von Schuhen, deren Sohlen mit Eisennägeln beschlagen waren. Es sei aber festgestellt worden, daß Rosenblatts Schuhe nicht mit Eisennägeln beschlagen waren. Shitreet erwiderte, Rosenblatt habe bis seiner Verhaftung Zeit gehabt, die Schuhe zu wechseln. Zwischen Shitreet und Samuel entspann sich nun ein ziemlich erregter Wortwechsel.

Frau Arlosoroff beginnt auszusagen

Die Sitzungen am Vor- und Nachmittag des 25. April waren der Vernehmung der Frau des ermordeten Dr. Arlosoroff gewidmet, die als Tatzeugin aussagte. Frau Arlosoroff wiederholte nur die während der ersten polizeilichen Untersuchung und im Verlauf des polizeilichen Gerichtsverfahrens von ihr gemachten Aussagen und hatte dem nur wenig Neues hinzuzufügen. Sie behauptete, Abraham Stavsky und Zwi Rosenblatt als die Täter wiederzuerkennen, und erzählte, Rosenblatt habe den Schuß auf Dr. Arlosoroff abgegeben, während Stavsky Arlosoroff ins Gesicht geleuchtet habe. Als man ihr nochmals die Rosenblatt gehörende Jacke zeigte, erklärte sie mit Bestimmtheit, Rosenblatt habe diese Jacke am Mordabend getragen.

Der Verteidiger Horace Samuel zog Frau Arlosoroff in ein eingehendes Kreuzverhör. Er befragte sie über die Stellung, die Dr. Arlosoroff in dem Augenblick, da der Schuß auf ihn abgegeben wurde, eingenommen hat, und versuchte darzulegen, daß der Mörder linkshändig gewesen sein muß, was Rosenblatt aber nicht ist. Frau Arlosoroff zeigte sich außerstande, die genaue Stellung Dr. Arlosoroffs in der Sekunde, in der der Schuß abgegeben worden ist, zu beschreiben.

Verhör dritten Grades

Während der Einvernahme des Kommissars Shitreet am Tag vorher richtete der Verteidiger Horace Samuel an diesen die Frage, warum die Tochter des Hoteliers Turgemann, in dessen Haus Stavsky die Mordnacht verbracht haben soll, während ihrer Vernehmung durch Kommissar Shitreet Schreie ausgestoßen habe; ob nicht Methoden des »dritten Grades« bei dieser Vernehmung angewandt worden seien. Kommissar Shitreet erklärte, das Mädchen habe sich durch die Frage, ob sie lesen oder schreiben könne, beleidigt gefühlt. Irgend etwas anderes, was zu einem Protest des Mädchens hätte Anlaß geben können, sei nicht vorgefallen.

Hat Frau Arlosoroff einen Revolver gehabt?

Im weiteren Verlauf der Vernehmung der Frau Sima Arlosoroff stellte die Zeu-

gin die Behauptung, sie hätte jemals Araber als die Mörder ihres Gatten bezeichnet. entschieden in Abrede. (Der Tel Aviver städtische Beamte Schamai Kuperstein und der mit ihm befreundete jüdische Polizist Scharmeister hatten im Januar bei ihrer Vernehmung im Vorverfahren ausgesagt, Frau Arlosoroff habe auf ihre Frage, wer die Mörder gewesen seien, geantwortet: »Araber!«) Frau Arlosoroff erklärte im Gegenteil, sie habe gleich, als sie um Hilfe rief, auch gerufen: »Juden haben auf ihn geschossen!« Auch erklärte es Frau Arlosoroff als unwahr, daß sie gesagt habe, sie habe nicht auf die Mörder geschossen, weil ihre Hand gezittert habe. Weder Dr. Arlosoroff noch sie hätten in der Mordnacht einen Revolver bei sich getragen.

Zusammenarbeit der Sozialisten mit der Polizei

Im Verlauf des Krezverhörs stellte es sich heraus, daß der palästinensische Arbeiterverband Histadruth einen eigenen Fahndungsdienst organisiert hatte, der in Zusammenarbeit mit der Polizei die Spuren der Mörder verfolgen sollte. Während der Vernehmung von Frau Arlosoroff wurde gegen diese vor dem Gerichtsgebäude eine feindselige Kundgebung veranstaltet, was vom Vorsitzenden des Gerichts scharf gerügt wurde. Rechtsanwalt Horace Samuel schloß sich der durch den Vorsitzenden ausgesprochenen Verurteilung dieses Zwischenfalls an.

Die Vernehmung der Frau Arlosoroff wurde in der Nachmittagsverhandlung des 25. April abgeschlossen. Außer den Versuchen des Verteidigers, nachzuweisen, daß Frau Arlosoroft mit der Polizei in engem Kontakt gestanden habe, daß sie auf der Hauptpolizeistation sich bemüht habe, Rosenblatt zu einem Schuldbekenntnis zu bewegen, indem sie ihm versprach, im Falle einer Verurteilung den High Commissioner um Strafmilderung zu bitten, brachte die Nachmittagsverhandlung nichts mehr.

Mit den Fußspuren ist es nichts:

Lokalaugenschein im Jerusalemer Mordprozeß

Das Geschwornengericht nahm am Sonntag, den 29. April, an der Mordstelle am Strand von Tel-Awiw einen Lokalaugenschein im Beisein der Tatzeugin Frau Sima Arlosoroff und der anderen, nach dem Morde dort eingetroffenen Zeugen vor. Im Anschluß hieran besichtigten die Mitglieder des Gerichtshofes die Zelle im Jaffaer Gefängnis, in der der junge Araber Abdul Medschid, der sich als Mörder Arlosoroffs bezeichnete, aber später sein Geständnis zurücknahm, untergebracht war. Durch diesen letzteren Lokalaugenschein wollte das Gericht feststellen, ob es den Angeklagten Stavsky und Rosenblatt technisch möglich gewesen kein konnte, mit Abdul Medschid in Verbindung zu treten und ihn zu dem falschen Geständnis zu veranlassen.

Im Verlauf der Verhandlung vor dem Jerusalemer Geschwornengericht am 27. April wurde Polizeiinspektor Baruch Goffer als Zeuge vernommen. Er erklärte, er habe, als er am Abend des 16. Juni 1933 an der Mordstelle eintraf, dort bloß die Fußspuren von Dr. Arlosoroff und seiner Frau feststellen können. Fußspuren anderer Personen, die sich von der Richtung der Mordstelle weg laufend gegen den in der Nähe befindlichen Hügel bewegt haben mußten, hätten erst in einiger Entfernung von der Mordstelle begonnen.

Individuelle Petition in Polen ein Riesenerfolg

Warschau. Wie das revisionistische Zentralkomitee in Polen mitteilt, ist die individuelle Petitionsaktion in Polen ganz abgeschlossen worden. Die Aktion hat über 100.000 Unterschriften ergeben. Die Petition wird nun der polnischen Regierung überreicht werden. Gleichzeitig kündigt das Zentralkomitee an, daß nunmehr die kollektive Aktion durch Massensammlung von Unterschriften einsetzen soll.

Feierliche Eröffnung der Levante-Messe in Tel-Awiw

Tel-Awiw. Die Eröffnung der Levante-Messe in Tel-Awiw am 26. April fand in einem besonders festlichen Rahmen statt und gestaltete sich zu einer gewaltigen Kundgebung der wirtschaftlichen Potenz des aufstrebenden Landes. Im großen Saal des Messerestaurants fand zu Ehren des High Commissioner von Palästina, Sir Arthur Wauchope, der das Protektorat über die Messe übernommen hat, der Leiter der palästinensischen Regierungs-Departements und der ausländischen Delegationen ein Bankett statt. In einer Reihe von Ansprachen wurde auf die außerordentliche Bedeutung der Messe für die wirtschaftliche Entwicklung Palästinas und darüber hinaus für die wirtschaftliche Erschließung des gesamten Vorderen Orients sowie für den Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen diesen Ländern und den großen europäischen und amerikanischen Märkten hingewiesen. Hierauf nahm High Commissioner Sir Arthur Wauchope in Anwesenheit der offiziellen Delegationen von 24 Staaten und vieler tausender ausländischer Gäste die Eröffnung der Messe vor. Der Beginn der Messe wurde durch das langgezogene Tönen einer aus Schweden gebrachten Riesensirene weithin bekanntgegeben. Vom Stadthaus, wo Bürgermeister Dizengoff einer Abordnung der Messeleitung die Fahne der gleichzeitig das Jubiläum ihres 25jährigen Bestehens feiernden Stadt Tel-Awiw übergab, bewegte sich ein imposanter Festzug durch die menschenerfüllten Straßen zum Messegelände, auf dem die Fahne für die Dauer der Ausstellung gehißt wurde.

Shertok und Emir Abdulla beim Lunch

Jerusalem. Der Emir Abdulla von Transjordanien empfing in seiner Hauptstadt Amman den politischen Referenten der Palästina-Exekutive der Jewish Agency Mosche Shertok zum Lunch und erklärte bei dieser Gelegenheit, alle Mitteilungen der Auslandspresse darüber, daß er, der Emir, sich nach London begebe, um dort Verhandlungen betreffend seine Proklamierung zum König von Palästina und Transjordanien zu führen, seien lächerlich; er habe nie auf diese Königswürde prätendiert.

Der Emir für — England gegen jüdische Kolonisation in Transjordanien.

Jerusalem. Wie der JTA-Vertreter zuverlässig erfährt, beabsichtigt Emir Abdulla von Transjordanien, während seines Besuches im Juni d. J. in London mit der englischen Regierung über jüdische Einwanderung und Siedlung in Transjordanien zu verhandeln. Nach wie vor ist der Emir der Ansicht, daß ein solches Siedlungswerk ein Glück für Transjordanien und seine Einwohner wäre. Es sei Abdulla gelungen, viele maßgebende Araberführer in Transjordanien, die früher Gegner der jüdischen Siedlung waren, eines Besseren zu belehren und sie davon zu überzeugen, daß das im vergangenen Jahre mit der Jewish Agency getroffene Abkommen wegen Abtretung einer großen Landstrecke an der Grenze gegen Palästina für jüdische Siedlung endlich in Kraft treten müßte. Jedenfalls sollen im transjordanischen Parlament die Freunde einer jüdischen Siedlung stark überwiegen, während die Gegner zu einer unbedeutenden Minderheit herabgedrückt wurden.

Unklar bleibt noch die Haltung der Palästina-Regierung in der Frage der jüdischen Arbeit in Transjordanien. Im Prinzip ist die Palästina-Regierung nicht gegen Bodenkauf von Juden in Transjordanien, sie macht aber zur Bedingung, daß vor jeder derartigen Einwanderungs- und Siedlungsaktion ihre Zustimmung eingeholt werde. Dies erklärt die Regierung damit, daß sie sich bemüssigt sehen wird, für jede jüdische Gruppe, die in Transjordanien siedelt, einen speziellen Polizeischutz zu stellen.

Um die Wahlen zum Jerusalemer Stadtrat

Jerusalem. Der Kampf um die Wahlen zum Jerusalemer Stadtrat ist jetzt in vollem Gange. Die Eintragung in die Wahllisten soll Ende April beendet sein. In der jüdischen Oeffentlichkeit macht sich eine starke Unzufriedenheit mit der Führung der Wahlvorbereitungen seitens des „Waad Hakehilla“ (jüdischen Gemeinderates) geltend, weil dieser es nicht zuwege gebracht hat, daß sich alle jüdischen Wahlberechtigten in die Listen eintragen und tausende Juden gar nicht darüber aufgeklärt wurden, daß eine Eintragung in die Listen erst eine Teilnahme an den Wahlen überhaupt möglich macht. Unter dem Eindruck dieser allgemeinen Unzufriedenheit hat sich M. M. Ussischkin entschlossen, die Leitung der jüdischen Wahlkampagne zu übernehmen.

Unsere Mitteilung war richtig:

Einwanderungsschedule nicht „erhöht“

Jerusalem. Die Leiter des politischen Departements der Palästina-Exekutive der Jewish Agency, Ben Gurion und Mosche Shertok, haben am 27. April in einer zweistündigen Audienz beim High Commissioner Sir Arthur Wauchope anläßlich der bevorstehenden Festsetzung der Arbeitereinwanderungs-Schedule für das kommende Halbjahr nochmals auf Grund der von der Palästina-Exekutive durchgeführten Erhebungen über den Arbeiterbedarf in den städtischen und ländlichen jüdischen Siedlungen die Forderungen der Jewish Agency, betreffend Verstärkung der jüdischen Einwanderung, vorgelegt. Es wird erwartet, daß der Umfang der nächsten Schedule im Laufe der kommenden Woche amtlich bekanntgegeben werden wird.

Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, wird die Zahl der von der Regierung bewilligten Einwanderungszertifikate nicht wesentlich höher sein als im letzten Halbjahr. Auch will die Regierung abermals eine Anzahl von Zertifikaten für die nachträgliche Legalisierung des Aufenthaltes von Touristen, die sich ohne Erlaubnis im Lande niedergelassen haben, zurückbehalten. Die Regierung nimmt an, daß im Durchschnitt monatlich 500 jüdische Touristen zu dauerndem Aufenthalt im Lande bleiben.

* * *

Diese Nachricht ist eine verschämte Bestätigung der von uns vor einigen Wochen gebrachten Mitteilung, daß die Palästinaregierung die kommende Einwanderungsschedule noch niedriger bemessen wolle, als sie es bei der letzten getan hat. Herr Ben Gurion und Herr Shertok, die beiden sozialistischen Hausjuden der Kolonialbriten in Palästina, werden, soll man dieser Nachricht trauen, was ruhig getan werden kann, es bei Besuchen bewenden sein lassen. Angesichts der brennenden Schande, die eine solche neuerliche Einwanderungsdrosselung bedeuten müßte, ist die Reaktion der jüdischen Massen, die nach Palästina heute einwandern müssen, nicht abzusehen, und zwar sowohl gegenüber der Palästinaregierung als auch einer Jewish Agency, die eben nur „Besuche“ abzustatten versteht.

Assefath Haniwcharim für den 7. Mai einberufen

Jerusalem. Wie aus Kreisen des Waad Leumi mitgeteilt wird, wurde der Beginn der diesjährigen Tagung der Assefath Haniwcharim, des Parlaments der öffentlich-rechtlich anerkannten Gesamtorganisation der palästinensischen Judenheit (Knesset Israel), auf den 7. Mai festgesetzt. Die Assefath Haniwcharim, die, obwohl sie jährlich mindestens einmal tagen sollte, im vorigen Jahre nicht zusammengetreten ist, wird diesmal eine allgemeine Neuwahl der Mitglieder dieser Körperschaft auszuschreiben haben. Vermutlich wird diese Wahl gegen Ende des Sommers 1934 vorgenommen werden.

Sinkende Kriminalität in Palästina

Der Chef der Palästina-Polizei Major Spicer tritt in einem offiziellen Communique der in der arabischen Presse aufgestellten tendenziösen Behauptung mit der Verstärkung der jüdischen Einentgegen, die Kriminalität in Palästina sei wanderung gestiegen. An Hand offiziellen statistischen Materials stellt der Polizeibericht dieser Behauptung gegenüber fest, daß die Zahl der Kriminalfälle in Palästina seit 1929 um über 50% gesunken ist. Während 1929 27.527 Kriminalfälle registriert wurden, waren es 1933 nur noch 12.602

Jüdische Hafenarbeiter aus Saloniki

In der letzten Woche sind wieder 50 Hafenarbeiterfamilien aus Saloniki nach Palästina übersiedelt. Damit ist die Zahl der jüdischen Hafenarbeiterfamilien aus Saloniki, die sich in Haifa und Jaffa niedergelassen haben, auf etwa 250 gestiegen.

M. E. Deis:

Levantinische Perspektiven

Motto: je ne propose pas, je n'impose rien, je seulement expose.

Die Levantemesse im jüdischen Tel-Awiw lenkt unser Augenmerk auf ein wirtschaftspolitisches Problem, das sowohl für die aktuelle als auch für jede künftige zionistische Politik von großer Bedeutung ist: das Problem der Herrschaft über das Mittelländische Meer und die es umgebenden Länder, die Levante.

Befreit man sich einmal von der lyrischen Auffassung über Kolonialpolitik, Imperialismus und dergleichen, so sieht man klar, daß ein jedes Volk, das nicht dem Untergange geweiht sein will, dynamische Ziele verfolgt und stets bestrebt ist, seinen Lebensraum zu e r w e i t e r n. Diese Bestrebungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, die unter dem Begriff des Imperialismus zusammengefaßt werden, spiegeln sich in der Geschichte fast aller Völker wieder.

Zwei Wege stehen gewöhnlich einem Staate für seine imperialistische Politik offen: territoriale Annexion in mehr oder weniger verhüllter Form und die „pénétration pacifique", worunter hauptsächlich die wirtschaftliche Durchdringung eines Landes verstanden wird. Territoriale Annexion bedeutet Vergrößerung des Wirtschaftsraumes eines Staates durch Vergrößerung seines politischen Raumes. Dagegen gibt es Staaten, die territorial gesättigt sind, so das Britische Imperium, so USA. Die wirtschaftliche Expansion solcher Staaten vollzieht sich ohne Aenderung ihrer politischen Grenzen. So beschränkt sich das Britische Imperium im Bewußtsein seiner territorialen Saturierung auf die Beherrschung bestimmter Rohstoffe in den verschiedenen Ländern unter Wahrung bestimmter Formen ihrer Souveränität.

Beide Formen imperialistischer Politik sind in der Levante vertreten. Kann man auch nach dem aktuellen Stande nicht leugnen, daß England die Schlüssel zum Mittelmeer in seinen Händen hält, so ist doch der Begriff der Levante mit dem Begriff Italien eng verbunden. Das hat seine historischen Gründe. Diese liegen nicht so sehr in der Tatsache, daß die Länder um das Mittelmeer herum einst Provinzen des Imperium Romanum waren, wie in den versuchten und vollführten Expansionsbestrebungen der Republik Venedig im Mittelalter. Von ihr ging die Ausstrahlung aus zur Levante bis nach Candia, Zypern, Konstantinopel, von ihr wurden in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts auch Teile des Byzantinischen Reiches erworben.

Die geopolitische Aufgabe des heutigen Italien in der Levante ist also nicht nur durch den Drang nach Vergrößerung des Wirtschaftsraumes und die Notwendigkeit der Erweiterung des demographischen Rahmens bedingt, sondern auch historisch fundiert. Heute freilich tritt das wirtschaftliche Problem in den Vordergrund.

Das wirtschaftliche Problem des Mittelmeeres tritt an Italien von zwei Seiten heran: von der W a r e n a b s a t z s e i t e und von der Seite des R o h s t o f f b e s c h a f f u n g s m a r k t e s her. Das erste Problem teilt Italien mit einer ganzen Reihe anderer exportfähiger Staaten, das zweite hingegen weist eine Eigenartigkeit auf, die sowohl aus seiner geopolitischen Lage als auch aus seiner unzweideutig in Erscheinung tretenden bewußten wirtschaftspolitischen Dynamik resultiert. Die Armut des Landes an Rohstoffen inklusive Getreide einerseits, die Tatsache, daß alle Zufahrtstraßen, die von den traditionellen Rohstoffmärkten nach Italien führen, von England absolut beherrscht werden, anderseits, haben in der neuen italienischen Politik zwei Bestrebungen hervorgerufen: die nach Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion im Inlande (Getreideschlacht) und nach Schaffung einer neuen, näher liegenden Rohstoffbasis, deren Zufahrtstraßen vom Willen Englands unabhängig wären und wo man ihm auch eventuell die Stirn bieten könnte. Daher das starke Interesse Italiens für die Levante und das Mittelmeer, daher auch die realistische Politik gegenüber Sowjetrußland, über alle doktrinären Erwägungen hinweg. Das Mittelländische und das Schwarze Meer sollen Italien mit einem Hinterland verbinden, aus dem es frei die notwendigen Rohstoffe, Brennmaterial und Proviant, einführen kann. In diesem Zusammenhang bedarf es bloß des Hinweises auf die Möglichkeit eines E r d ö l v o r k o m m e n s i n P a l ä s t i n a, um die Bedeutung der italienischen Levantepolitik für Palästina in der Zukunft anzudeuten.

In konsequenter Ausführung dieser Bestrebungen hat sich der Warenbezug Italiens aus den Mittelmeerländern w e r t m ä ß i g wie folgt gestaltet:

	1927	1931
in % der Gesamteinfuhr	15	25
in % der Einfuhr ohne Fertigwaren	20	33

Die zweite Steigerung ist besonders bemerkenswert, da sich die Einfuhr ohne Fertigwaren, wenn nicht ganz, so doch zum größten Teil mit der Rohstoffeinfuhr deckt. Das Steigen des Anteils der Levante an der Rohstoffversorgung Italiens in diesen fünf Jahren wird also schon aus obiger Zusammenstellung ersichtlich. Noch klarer wird das, wenn man die im genannten Zeitraum erfolgte Senkung der Großhandelspreise auf den Märkten berücksichtigt (die Preise von 1913 sind gleich 100):

	1929	1930	1931
Großhandelspreise insgesamt	138	132	116
Agrarstoffe	131	122	107
Wolle, Häute, Schrot	130	112	79

Daraus läßt sich leicht schließen, daß der Warenbezug Italiens aus den Mittelmeerländern m e n g e n m ä ß i g in diesen Jahren eine noch größere Steigerung erfahren hat, als dies aus der wertmäßigen Erfassung ersichtlich ist.

Der Anteil Palästinas an diesem Levantehandel Italiens ist vorderhand naturgemäß nicht groß. Die Handelsbilanz gegenüber Italien ist passiv, wie überhaupt die ganze Handelsbilanz Palästinas eine hohe Passivität aufweist, was u. a. durch das ständige Einströmen von fremden Kapitalien ins Land erklärlich wird: jedem K a p i t a l s t r o m folgt früher oder später ein G ü t e r s t r o m in derselben Richtung. Palästina exportiert nach Italien Sesam, Häute und Felle, importiert dagegen von dort Baumwoll-, Woll-, Seidenstoffe und Olivenöl. Die Importziffer für 1930 war 247.789 Palästina-Pfund, d. i. rund vier Prozent der Gesamteinfuhr. Diese Ziffer ist in Wirklichkeit zu klein bemessen, da viele Waren, die aus Aegypten bezogen wurden (Aegypten stand im Jahre 1930 mit fast 23 Prozent der Gesamteinfuhr Palästinas als Bezugsland in erster Stelle), aus fremden Ländern, also auch aus Italien, stammten und nur mangels direkter Verbindungen Palästinas mit den Produktionsländern auf dem ägyptischen Markte gekauft wurden. Der Bericht des Departments of Overseas Trade (London 1931) gibt schätzungsweise an, daß nur zehn Prozent der im Jahre 1930 aus Aegypten nach Palästina importierten Waren ägyptischen Ursprunges waren.

Bewegt sich der palästinensisch-italienische Warenaustausch noch in bescheidenen Grenzen, so stehen die italienischen Ziffern in der Statistik des Schiffverkehrs in den palästinensischen Häfen gleich nach England an zweiter Stelle. Unter den zirka dreißig Schiffslinien, die den Passagier- und Frachtverkehr mit Palästina besorgen, haben die italienischen Linien Lloyd Triestino einen Turnus von zweimal in der Woche, Servizii Maritimi einmal in der Woche; die anderen Linien legen nur jede vierzehn Tage oder einmal im Monat an.

Wichtiger als diese Zahlen ist die unbestreitbare Tendenz Italiens, seine handelspolitische Aktivität im östlichen Teil der Levante wesentlich zu steigern. Diesem Ziele dient außer der Levantemesse in Bari, wo Italien die im Orient wenig bekannten Verkehrsformen des europäischen Börsenhandels einzuführen versucht, die Schaffung des „Ufficio Cambi", eines Austauschbureaus für den Warenverkehr zwischen Levante, Italien und dem Triester Hinterland, die Etablierung von Konsulaten und Agenturen in der ganzen Levante und die im Orient so notwendige Unterstützung des Handels durch Bankenkredite. Bei der gegenwärtigen straffen Diszipliniertheit des italienischen Volkes kann ein jeder im Ausland lebende Italiener als Exponent italienischer Politik benützt werden.

Melancholisch konstatiert der nunmehr im Naziwasser segelnde Hamburger „Wirtschaftsdienst" (September 1933):

> „Zur Zeit gelten die größten Anstrengungen (scil. Italiens) dem Palästinamarkte, dessen Bedeutung von Jahr zu Jahr gewachsen ist und weiter wächst. Der Faschismus, der bekanntlich nicht antisemitisch ist, pflegt besonders freundschaftliche Beziehungen zu Palästina und rechnet darauf, sie in einem steigenden Anteil am Palästinahandel auszumünzen. Soeben ist in Jerusalem die Gründung einer italienischen Handelskammer unter Vorsitz des dortigen Filialdirektors des Banco di Roma erfolgt."

Im System der Politik, das Italien zur Erfüllung seiner geopolitischen Aufgabe in der Levante entwickelte, haben sich drei Wege herauskristallisiert, die nun einzeln skizziert werden sollen. Ihre Bedeutung für die Zukunft Palästinas, aber auch alle Möglichkeiten der Einordnung der Judenfrage in die Probleme aktueller europäischer Politik, die sich durch sie bieten sollten, müssen von der zionistischen Politik stets im Auge behalten werden. Bis jetzt konnte man freilich ein a u f f a l l e n d e s Z u s a m m e n g e h e n d e r i t a l i e n i s c h e n m i t d e r e n g l i s c h e n P o l i t i k i n d e r M e h r h e i t d e r a u f t a u c h e n d e n P r o b l e m e beobachten. Was aber, wenn Italien sich einmal seine selbständige Rohstoffbasis gesichert und von der Abhängigkeit von den englischen Zufahrtstraßen befreit haben wird?

Der eine dieser Wege ist der Wasserweg mit der Insel Rhodos und der Inselgruppe Dodekanesos als Stützpunkten. Er ist unter dem Schlagworte der „Mare - Nostro" - Politik bekannt. Versteht man unter „Mare Nostro" in Anlehnung an das römische Wort das ganze Mittelmeer, so fällt die unvergleichlich regere Werbetätigkeit Italiens in seinem östlichen Teil besonders auf.

Die zwei anderen Wege sind der südliche über Nordafrika und der nördliche über die Balkanhalbinsel.

Die italienische Kolonialpolitik auf dem nordafrikanischen Festlande hat von ihrem Anfang im Jahre 1884 an die unkomplizierten Wege territorialer Annexion eingeschlagen. Zu erwähnen in erster Reihe ist die im Jahre 1912 erfolgte Eroberung Libyens (Tripolitanien und Cyrenaika) am Mittelmeer, wo auch jüdische Einwohner sich befinden. Am Roten Meer, das häufig auch in den Interessenkreis der Levante gezogen wird, liegt die Kolonie Erythräa, seit 1885 italienisch.

Den Ausgangspunkt des nördlichen Weges bildete die unbewohnte, felsige Insel Saseno an der südalbanischen Küste. Schon anfangs des Weltkrieges besetzte Italien diese einzige albanische Insel und blieb dort auch nach dem Jahre 1920, nachdem die italienischen Truppen das übrige, während des Weltkrieges besetzte albanische Gebiet schon geräumt hatten. Das war die einzige territoriale Annexion auf diesem Wege, denn im Jahre 1923 begann die friedliche, wirtschaftliche und kulturelle Durchdringung Albaniens. Die italienischen Pläne gehen aber weit über diese Durchdringung hinaus. Beweis dafür: die Konzeption des albanomazedonischen Reiches.

Im südlichen Albanien und Mazedonien lebt, umgeben von slawischen und hellenischen Elementen, ein zirka sechshunderttausend Menschen zählender romanischer Volkssprengel: Kuzzowalachen, Aromunen oder Mazedorumänen genannt. Durch slawische Invasion ist er vom Hauptstamme der Daker abgeschnitten worden, behielt aber teilweise seine Eigenart. Da ihm der Anschluß an Rumänien nicht möglich ist, fühlt er sich von Italien angezogen, in Rom sein geistiges Zentrum erblickend. Die Italiener unterstützten stets die Idee einer Autonomie für diese Bevölkerung. Im Jahre 1917, als Italien diese Gebiete militärisch besetzte, wurden Verbrüderungsfeste gefeiert. Seit der Zeit widmet Italien dieser Idee starkes Augenmerk. Daher auch das Interesse Italiens für die mazedonische Frage. Ein vereinigtes albano - mazedonisches Reich, durch kulturelle und wirtschaftliche Bande, vielleicht auch politische Grenzen, Bündnisse oder Personalunion an Italien gebunden, heute noch Vision und Zukunftstraum, morgen vielleicht schon greifbare Formen annehmend, wäre das nicht die erste Etappe auf dem Wege zur W i e d e r a u f r i c h t u n g d e s I m p e r i u m R o m a n u m?

Die Wege der italienischen Levantepolitik, der südliche über Afrika und der nördliche über Europa, kommen an der Westküste Asiens zusammen. G r u n d g e n u g f ü r d i e z i o n i s t i s c h e P o l i t i k, u m a u f z u h o r c h e n u n d d a s S p i e l z w i s c h e n d e n i m p u l s i v e n B e s t r e b u n g e n I t a l i e n s, s e i n e g e o p o l i t i s c h e A u f g a b e i n d e r L e v a n t e z u e r f ü l l e n, u n d d e m t e r r i t o r i a l g e s ä t t i g t e n, e i n i g e r m a ß e n s t a t i s c h e n b r i t i s c h e n I m p e r i a l i s m u s a u f m e r k s a m z u v e r f o l g e n.

◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆

Dr. O. Rabinowicz

Gedanken während einer Palästinareise 5694

Jerusalem, im April 1934.

I.

Wer vor und während der diesjährigen Pessach-Tage durch Erez Jisrael fuhr, wird den unausmerzbaren Eindruck gewonnen haben, daß die Aufnahmsfähigkeit des Bodens jene Ziffern weitaus übersteigt, die wir auf zionistischen Kongressen und Versammlungen von defaitistischen »Führern« zu hören bekamen. Gerade in diesen Wochen tritt diese Erkenntnis besonders klar zu Tage, wo der Kontrast von blühendem Lande und karstigem, sandigem Boden so augenscheinlich wird. Man muß staunen, daß Menschen, Zionisten, die immerhin bereits Jahrzehnte im Lande leben nur aus einer K o n g r e ß d i p l o m a t i e heraus. die Anschauung von dem »kleinen« Palästina vertreten konnten, als deren Ergebnis sich im Laufe der kürzesten Zeit Verzicht auf Massenkolonisation und zugleich damit Verzicht auf die jüdische Mehrheit einstellten.

Selbst die Täler, auf die sich die hauptsächliche Konzentration der jüdischen und besonders der zionistischen Kolonisation richtet, könnten noch hunderttausende Menschen fassen und ihnen Lebensmöglichkeiten bieten. Das Gebiet nördlich von Metulla bis zu den Libanon-Bergen ist leer; es müßte trotz der syrischen Fahne. jüdisch kolonisiert werden; leer ist auch das Beisan-Land, das Herbert Samuel den Arabern zur Aufrechterhaltung peinlichster Verwarlosung schenkte; leer gähnt das ganze Jordantal und ruft nach jüdischen Siedlern. Und wer nur einmal bei Tel Or stand, vor der Brücke über dem Jordan, und links oben am Berge die Fahne Abdullas wehen sah, als Wahrzeichen: »Hier beginnt das geraubte jüdische Land« — es gibt keine jüdische Faust, die sich in solchen Momenten nicht zusammenballt und es gibt kein jüdisches Blut, das da still bleiben könnte.

Und von Kongreß zu Kongreß kamen sie aus dem Lande und versuchten, uns den Glauben an diese Möglichkeiten zu rauben.

Noch eine weitere Erkenntnis gewinnt der Beobachter: die gesamte jüdische Kolonisation vollzieht sich im Tale. Die

Berge werden von den Arabern beherrscht. Das ist vor allem verhängnisvoll, weil die Berge so große Landstriche von Erez Jisrael bedecken und nur, wenn diese Bodenmenge besiedelt wird, die Möglichkeit der Schaffung einer jüdischen Mehrheit im Lande gegeben ist; das ist aber auch nicht zuletzt sehr bedenklich vom strategischen Standpunkte, der bei einer künstlichen Kolonisation mit einer bereits vorhandenen Bevölkerung überaus streng und ernst beachtet werden muß.

Geulat Heharim — »die Auslösung der Berge« müßte die neue Parole der jüdischen Kolonisation in Palästina lauten. Die wirtschaftlichen Bedingungen sind hier von derselben Art, wie die aller Kolonisationen in gebirgigen Landstrichen. Sie liegen vor allem in der Initiierung einer Hausindustrie in allen ihren Formen und Möglichkeiten, und — besonders in Palästina — im Anbau der diversen Gemüsearten, deren Mangel sich auch heute noch am palästinensischen Markt stark fühlbar macht.

Der neue jüdische Siedler gehört nicht nach dem europäischen Tel Awiw und nicht nach Haifa — sondern in die Berge, um die ersten Pionierschritte zur Geulat Heharim zu tun!

II.

Die inneren Kämpfe im Jischuw haben eine unerträgliche Schärfe erreicht. Hier im Lande glaubt natürlich niemand an die in der Galut so häufig angewandten Schlagworte von »Streikbruch«, »Lohndrücker« u. s. w. in Bezug auf Revisionisten oder Betarim. Denn das, was hier geschieht, ist überhaupt kein sozialer Kampf, sondern der permanente Pogrom von mindestens zehn Linken gegen einen Revisionisten. Zehn gegen einen in einem ideologischen Kampf wäre erträglich. Die Betonung liegt aber hier auf dem Worte: Pogrom. Jawohl, Pogröme von Juden gegen Juden mit allen ihren Symptonen: blutigen Köpfen, Messerstichen, heimtückischen Ueberfällen, Entsagen ärztlicher Hilfe u. s. w.

Selbst der Extremste Gegner des Revisionismus muß respektvoll den Hut ziehen vor dem Mut und dem tiefen Glauben, der diesen Mut bedingt, den der junge Betari und Revisionist in Erez Jisrael aufweist, indem er trotz diesen Lebensgefahren ausharrt, treu zu seinem Ideale steht und weiter arbeitet.

Diese Arbeit ist es letzten Endes, die ihn mit den verblendeten und verführten Arbeitern der »Histadruth« zusammenführen wird, bis diese erkennen — und die Zeit ist nicht fern! — daß sie Opfer und Werkzeuge einer herrschsüchtigen Bürokratie geworden waren. Aus zahlreichen Gesprächen mit Arbeitern habe ich diesen Tenor bereits herausgehört. Die Arme dieser Menschen sind zu uns gerichtet; sie werden kommen, weil es ein notwendiger historischer Prozeß ist.

Das haben schließlich auch die um ihre Macht ringenden Bürokraten der »Histadruth« erkannt und ihre Taktik geändert.

Bisher wurde der Betari und der junge Revisionist mit allen erdenklichen Schimpfnamen bedacht, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit angewendet wurden. Wer war der Streikbrecher? Wer der Zerstörer des Aufbauwerkes? Wer das Mördergesindel? Wer die faschistische Horde? Ueberall konnte man es hören: der Betari und der junge Revisionist war es, der alle diese Beinamen von den »Linken« erhielt. Während der Pessachtage entbrannte nun in Tel Awiw und nachher im ganzen Lande ein Plakatkrieg. Als die braunen Betarhemden in den letzten Pessachtagen Tel Awiw überfluteten und der Stadt und ihrem Leben den Stempel der Betariut aufdrückten, da wandte sich die »Histadrut« mit einem Aufruf an die braven, guten, arbeitenden (sic!) Betarim, empfahl ihnen, sich von ihren Führern loszusagen, und in die allein seligmachende »Histadrut« Einzug zu halten. Der Betar blieb natürlich die entsprechende Antwort nicht schuldig. Mit einer wundervollen, schlagkräftigen, scharf logischen Replik, die an allen Straßenecken von neugierigen Lesern umlagert war, überschwemmte der Betar die Stadt. Es folgte ein weiteres Plakat der »Histadrut«, wahrscheinlich wieder eine Antwort des Betar; kurz ein Plakatekrieg ad infinitum.

Das Bemerkenswerte an dieser merkwürdigen Auseinandersetzung liegt für den Beobachter darin, daß die »Histadrut« um den Betari wirbt. Um denselben, der gestern noch der «wertlose, unfähige Schädling des Aufbaues» hieß.

Dieser Umschwung ist heute bereits Tatsache. Er ist zunächst die erste Etappe auf dem Wege des Betar zur Gewinnung des Jischuw. Er hat diese Etappe ohne Protektion, ohne Keren Hajessod und ohne Blut-Bilbul erreicht. Seine einzige Waffe war: die Arbeit.

Niemand läßt sich natürlich von Lockrufen blenden, die die »Histadrut« in Plakaten verkündet. Im Gegenteil. Diese Heucheleien finden überall die einmütigste Ablehnung. Denn man kann nicht mit leeren Phrasen hinweggehen über das jüdische Blut von Tel Awiw, Rechobot, Petach Tikwa, Nahalal, Haifa u. s. w., das infolge der Pogrome seitens der Linken, geflossen ist; zumal in einer solchen Lebenslage keine theoretische Beweisführung oder Interpretierung nützen kann, sondern einzig und allein der wahre Beweis einer ehrlichen profunden Umorientierung. Die Spatzen von den Dächern Palästinas pfeifen es bereits, daß ein solches Streben den Tendenzen der »Histadrut« zuwiderläuft. Deshalb ist jeder Friedensruf von dieser Seite eine plumpe Heuchelei, die ohne Echo verhallen muß.

Indessen geht der Kampf weiter. Es wäre verfehlt, ihn bloß als einen Kampf zwischen der »Histadrut«, dem Betar und dem Revisionismus anzusehen. Er ist ein Kampf um die vitalsten Interessen des jüdischen nationalen Staatsaufbaues. Der Betari ist in diesem Kampfe nur Pionier der jüdischen Massen, die im Lande leben, beziehungsweise ins Land streben.

Man muß in Erez Jisrael gewesen sein, und von Menschen, die weitab von jeder politischen Betätigung stehen, Berichte über Greueltaten gehört haben, die täglich von der »Histadrut« und ihren verführten Mitgliedern verübt werden. Vielfach klingen diese Berichte phantastisch, und erinnern an die schlimmsten Taten antisemitischer Horden in der Galuth.

Der gewaltsame Terror der »Histadrut« tritt auch vor dem privaten Leben nicht zurück; er ist wie jeder Terror grenzenlos in seiner Rücksichtslosigkeit. Ich erfuhr z. B. von einer Familie aus Deutschland, die in Haifa lebt, daß sie, um der Qual mit dem Hausmädchen — die in Palästina infolge der Verhetzung der Hausmädchen durch die Histadrut-Leute zu einer Landplage wurde! — zu entgehen, ein nichtjüdisches Mädchen mit dem in Palästina üblichen Lohn und der daselbst üblichen Arbeitszeit, anstellte. Das christliche Mädchen wurde nun ständig von Vertreterinnen der »Histadrut« angegangen, dieser Organisation beizutreten. Das Mädchen lehnte ab. Als alle Argumente der Histadrut-Dame vergeblich waren, holte diese zum letzten Trumph aus: »Und Sie als Christin lassen sich von Juden ausbeuten?!«

Im »roten« (heute noch roten) Haifa wollte ein Spediteur aus Europa, eine Spedition gründen. Da kamen die Vertreter der »Histadrut« und erklärten ihm, die Gründung einer Spedition nicht zuzulassen, keinem Arbeiter, keinem Kutscher u. s. w. die Tätigkeit für ihn zu

gewähren, weil er kein Mitglied der »Histadrut« sei. Als er keinen anderen Ausweg sah, trat er der »Histadrut« bei, zahlte seinen Mitgliedsbeitrag und erhielt die Mitgliedslegitimation. Als er nunmehr die Spedition schaffen wollte, wurde ihm dies als Mitglied, das Disziplin wahren müsse — verboten. Die »Histadrut«, die selbst Spediteurin ist, benötigt keine Konkurrenz, da sie selbst auf dem Platze herrschen und ihre Monopolstellung sichern will. Sie erachtet als beste Methode zur Beherrschung des Platzes nicht den freien Wettbewerb und nicht die Qualität der Leistung, sondern die Brutalität des Terrors.

Dieses Monopol zu brechen, kann nicht mehr allenige Aufgabe des Betar und des Revisionismus sein. Die gesunden jüdischen Volksmassen müssen sich in einem entschiedenem Kampfe zusammenschließen, um den Aufbau Palästinas von seinem gefährlichsten Hindernis zu befreien. Dann wird auch das Blut der jungen Betarim und Revisionisten im Lande nicht umsonst gefloßen sein.

Revision. Landeskonferenz in C. S. R.

Das große Interesse, das der Landeskonferenz der Zionisten - Revisionisten der tschechoslowakischen Republik, die vom 29. April bis einschließlich 1. Mai in Kosice tagte, von der ganzen jüdischen Bevölkerung entgegengebracht wurde, erwies sich als vollkommen gerechtfertigt. Die Stadt Kosice bot das Bild einer revisionistischen Stadt. Schon Tage vorher befaßten sich alle Zeitungen mit diesem Ereignis, und es muß nicht Wundernehmen, wenn Hunderte zur Eröffnungssitzung keinen Einlaß fanden, obwohl im Saale selbst 1200 Leute sich drängten. 147 Delegierte aus 87 Ortsgruppen waren anwesend. Der Chor der Kultusgemeinde leitete mit einem Hallelujah den Beginn ein.

Vorsitzender Hans Löw eröffnete in Hebräisch und Tschechisch die Landeskonferenz und hob die große Bedeutung dieser Konferenz für das ganze Judentum hervor .Nach ihm sprach Bürgermeister Maxon in Namen der Stadt Kosice, zeichnete mit schönen Worten die Lage des Judentums und gab dem Wunsch Ausdruck, der Aufbau des Judenstaates möge vollen Erfolg haben. Der Petition bringt auch das slovakische Volk Verständnis entgegen und wird diese auch unterstützen, sagte der Bürgermeister, da dieses auch tausend Jahre gewartet hat auf seinen selbständigen Staat. Dr. Gottesmann sprach in Namen der Ostslovakei und Kosice ungarisch und deutsch über die Bedeutung dieser Landeskonferenz, die zur Aufgabe hat, die jüdische Oeffentlichkeit über die Irrwege des heutigen Zionismus zu informieren. Der Zionismus hat seine Seele verloren, seine heutigen Führer haben nicht das Vertrauen des jüdischen Volkes. — Es wurden Begrüßungstelegramme an den Präsidenten der Republik T. G. Masaryk und Ministerpräsidenten Malypeter, ferner an Präsidenten Jabotinsky und die Asirej Zion abgesandt. Große Begeisterung rief das Begrüßungsschreiben Jabotinskys hervor, minutenlang wurde Jabotinsky gefeiert.

Nachher formierten sich die Delegierten, um zum Stefanik-Denkmal, dem Denkmal des slovakischen Nationalhelden, zu gehen. Als sich die Menge von über 5000 Menschen um das Denkmal stellte, fand der Aufmarsch des Betar statt. Voran schritt die Kapelle und die Fahnenträger dann über 300 Betarim in strammer Haltung unter Führung des neuernannten Natziv Goldstein. Beim Denkmal angelangt, spielte die Kapelle die Staatshymne; dann sprach im Namen des Betar Dr. Gottesmann. Er zog eine Paralelle zwischen Josef Trumpeldor und Stefanik und forderte das slovakische Volk auf, es möge die Petition unterstützen, die zum Judenstaate führt. Nachdem Ketzin ha Shilton Groß den Kranz niedergelegt hatte spielte die Kapelle die Tikwah. Dann zog der Betar durch die Stadt mit Kapelle und Fahnen. Ein Defilée vor der Netzivut und vor Dr. Köppel beschloß den Marsch.

Am Nachmittag begannen die Referate in einem überfüllten Saal, nachdem folgendes Präsidium gewählt wurde:

Dr. Garai (Kosice), Dr. Lichtner (Trautenau), Dr. Löwy (Kosice), Dr. Sachs (M. Ostrau), Dr. Rabinowitz (Prag), Dr. Spiegel (Mukecevo), Dr. Seitz (Lucenec), und Dr. Salamon (Uzhorod). Als erster referierte Dr. Gottesmann über »Das Judentum und die tschechoslowakische Republik«. Nachher sprach, mit großem Beifall empfangen, Dr. Rabinowitz, über die Lage des Zionismus. Als letzter referierte Wachsmann (Paris) über den jüdischen Abwehrkampf. Am Abend fand der Kinus arzi des Betar statt, wo Dr. Köppel und Natziv Goldstein sprachen.

Wir werden über die Konferenz noch ausführlich berichten.

Britische Beteiligung an der Messe

Auf Fragen Barnett Janners im Unterhaus, ob der britische Pavillon auf der Levante-Messe in Tel-Aviv rechtzeitig zum Messe-Beginn am 26. April fertig sein werde, wieviele britische Firmen auf der Messe ausstellen und wie die Bewerbungen um Ausstellungsraum erledigt werden, erwiderte der Staatssekretär für Ueberseehandel Colonel Colville: Laut den Informationen der Federation of British Industries ward der britische Pavillon zum Eröffnungstage fertig sein. Es haben bis jetzt 164 Firmen des Vereinigten Königreichs Plätze im Pavillon belegt. Sollte kein Ausstellungsraum mehr im Pavillon vurfügbar sein, werden die Messebehörden für weitere britische Aussteller Raum in den angrenzenden Gebäuden schaffen.

Auf die Frage Barnett Janners betreffend Errichtung eines Aerodroms in oder bei Tel-Aviv erwiderte Kolonienminister Sir Philip Cunlife-Lister: Der High CCommissioner Sir Arthur Wauchope hat mich dahin informiert, daß in der Nähe von Lydda mit der Errichtung eines zeitweiligen Aerodroms begonnen wurde, der hoffentlich bei Eröffnung der Messe benutzbar sein wird.

Prozentnorm für ausländische Ärzte in Palästina

Wie aus Kreisen der Palästinaregierung mitgeteilt wird, sollen mit Rücksicht auf die Ueberfüllung des Aerztestandes in Palästina vom September an neue einschrenkende Bestimmungen für die Zulassung zur ärztlichen Praxis in Kraft gesetzt werden. Den neuen Bestimmungen zufolge darf die Zahl neu zuzulassender Aerzte nichtpalästinensischer Staatsangehörigkeit nur 25% aller neu Zuzulassenden betragen. Diese Bestimmung erstreckt sich auch auf diejenigen Aerzte, die als Kapitalisten mit einem Eigenkapital von mindestens 1000 Pfund einwandern. Da zur Erwerbung der paläsitnensischen Landesangehörigkeit ein mindestens zweijähriger ununterbrochener Aufenthalt im Lande erforderlich ist, werden somit neu einwandernde Aerzte im allgemeinen zwei Jahre warten müssen, bis sie zur Praxis zugelassen werden. Viele der aus Deutschland eingewanderten jüdischen Aerzte geben in letzter Zeit angesichts des Aerzteüberflusses ihren Beruf auf und wenden sich verschiedenen neuen Berufen, darunter auch der Landarbeit zu.

1000 deutsch-jüdische Familien in den alten Kolonien

Ueber tausend jüdische Familien aus Deutschland haben in den alten Kolonien Beschäftigung gefunden. Ein Teil von diesen wird sich in den Kolonien dauernd niederlassen, ein anderer Teil wird nach gründlicher landwirtschaftlicher Ausbildung an neuen Siedlungspunkten seßhaft gemacht werden.

JEDER BEWUSSTE JUDE SPENDET FUER DEN KEREN TEL-HAI

An die Freunde unseres Blattes!

Über Wunsch der Exekutive der Weltunion der Zionisten-Revisionisten haben wir die Zeit vom 1. Mai bis 1. Juni zum Werbemonat für unser Organ „Der Judenstaat" bestimmt.

Unser Organ ist die einzige deutschsprachige Zeitung der revisionistischen Bewegung. Es ist in der heutigen Situation unbedingt notwendig, daß unsere Zeitung die weitestgehende Verbreitung findet. Unser Führer Vladimir Jabotinsky legt größten Wert darauf und erwartet die Mithilfe aller unserer Freunde.

Wir wollen den Werbemonat in der Weise organisieren, daß wir in jeder Stadt eine Vertrauensperson bestimmen, die im eigenen Wirkungskreis die Werbung von neuen Abonnenten durchführt. Die Werbung muß von Mann zu Mann erfolgen, mit dem Ziel, unseren derzeitigen Abonnentenstand zumindest zu verdoppeln.

Jede Gruppe, bzw. jeder einzelne Mitarbeiter erhält bei Einsendung von mindestens zehn neuen Abonnenten, bei gleichzeitiger Überweisung der Abonnementsgebühren, ein großes Bild unseres Führers Vladimir Jabotinsky, bei Werbung von 20 neuen Abonnenten ein Jahresabonnemenn unserer Zeitung gratis. Für je weitere zehn neue Abonnentet je ein Jahresabonnement.

Über Verlangen sind wir bereit, an uns aufgegebene Adressen Probenummern zu senden.

Die Administration

Jüdische Welt

Aus Oesterreich

Neue österreichische Verfassung und Minderheitenschutz

Wien. In einer im Bundeskanzleramte stattgefundenen Pressekonferenz legte der österreichische Verfassungsminister Dr. Ender die Grundzüge der neuen österreichischen Verfassung, die am 1. Mai publiziert werden soll, dar. Die engeren Mitarbeiter Dr. Enders, Sektionschef Dr Hecht und Ministerialrat Dr. Jäckel, erörterten dann die Probleme der Inkraftsetzung der neuen Verfassung sowie den künftigen Gang der Gesetzgebung.

Nach Schluß der Vorträge fragte der Wiener Vertreter der »Jüdischen Telegrafen-Agentur« den Minister Dr. Ender, ob in der neuen Verfassung die Gleichberechtigung aller Staatsbürger ohne Unterschied der Rasse, Konfession und Nationalität, sowie der Minderheitenschutz, im gleichen Maße garantiert sind, wie in der alten Verfassung.

Dr. Ender erwiderte, daß alle diese Bestimmungen auch in den neuen Verfassungsentwurf mit aufgenommen wurden und mit dem übrigen Inhalt der Verfassung gleichermassen in Kraft treten werden.

Vaterländische Front und Juden

Wien. Eine offizielle Aussendung der Pressestelle der Vaterländischen Front, die von der Wiener Tagespresse unter dem Titel »Das Programm der Vaterländischen Front« abgedruckt wurde, enthält Erklärungen des Bundesleiter-Stellvertreters, Hauptmann a. D. Reichel, über die Stellung der Vaterländischen Front im neuen Staat. In diesen Erklärungen heißt es zum Schluß:

Judenfrage: An sie wird man eines Tages herantreten müssen, aber dies wird in einer Art geschehen, wie es der österreichischen Kultur und dem Wesen des Oesterreichertums entspricht. Volksfremden Einfluß auf den Staat werden wir aber dabei gerade in Oesterreich auszuschalten wissen. Doch das sind Probleme, deren Lösung der Verwirklichung des gewaltigen Programmes der Vaterländischen Front nebenher geht.«

Otto Strassers Judenprogramm

Prag. Der Führer der von Hitler abgespastenen »Revolutionären Nationalsozialisten« Dr. Otto Strasser hielt in Prag einen Vortrag über die philosophischen Grundlagen des deutschen Nationalsozialismus und erklärte auf die Frage eines Zuhörers, er verurteile die jetzige Ausdrucksform des deutschen Antisemitismus. Die echte konservative Revolution betrachte die Juden als nationale Minderheit, die im Rahmen eines allgemeinen Minderheitenschutzes ihre Rechte und Pflichten zu erhalten hätten.

Japan über Juden im fernen Osten

Mukden. Die offiziöse japanische Telegraphen-Agentur teilt mit, daß seit Verstärkung der antisemitischen Nazi-Propaganda die Juden im Fernen Osten eine freundschaftliche Stellung gegenüber Japan und besonders gegenüber Mandschuko einzunehmen begonnen haben; sie betrachten Mandschuko als eine Art zweites Palästina und treffen Anstalten, sich dort eine Dauer-Existenz zu schaffen. Die Juden haben sich auch an der Sammelaktion zugunsten der Opfer der Brand-Katastrophe in Hakodate hervorragend beteiligt.

Antisemitische Ausschreitungen

Czernowitz. In Seletin haben cuzistische Agitatoren mehrere jüdische Einwohner mißhandelt. Der Holzhändler Kastner und der Holzbeamte Glasberg wurden in den Fluß Seceava geworfen. In Rusca wurde der Kaufmann Jakob Schärf mißhandelt und mit dem Revolver bedroht. In Seletin uwrde der Fuhrmann Anczel Neumann mißhandelt, weil er sich weigerte, »Es lebe Cuza« zu rufen. In Plosca wurden der Sägewerkbesitzer Hermann Feiger und der Holzhändler Juda Landau so schwer mißhandelt, daß sie das Bett hüten müssen. Das Auto, welches den Arzt und den Schwiegersohn des Holzhändlers Landau zu den Verletzten beförderte, wurde mit Steinen bombardiert.

Jüdische Lehrkanzel an der Universität Dorpat

Dorpat. In Anwesenheit des Rektors und des gesamten Professorenkollegiums fand die feierliche Inauguration der neugeschaffenen Lehrkanzel für judaistische Wissenschaften an der Universität Dorpat statt. Der Inhaber der Lehrkanzel, Prof. Gulkowitsch, der früher an der Universität Leipzig tätig war, hielt seine Antrittsvorlesung über das Thema »Die Entwicklung des Wortes »Chassid« im »T'nach.«

Maler Leopold Gottlieb gestorben.

Paris. Im Alter von 46 Jahren verstarb in Paris der bekannte jüdische Maler Leopold Gottlieb, der letzte der berühmten drei Brüder Gottlieb. Der äleste der Brüder, Moritz, Schöpfer der Gemälde »Shylock und Jessica«, »Uriel Acosta«, und »Betende Juden«, starb 1879 23jährig, der zweite Bruder, Martin starb 1931 in Wien. Leopold Gottlieb, 1883 in Drohobycz geboren, war Lehrer am »Bezalel« in Jerusalem, lebte dann in Wien und Paris. Von seinen Porträts sind bekannt: André Salmon, Gino Pascin, Schalom Asch, Abraham Neumann, Pilsudski und das für das Museum in Jerusalem angekaufte Bild seiner Mutter.

Johann Kremenetzky — Ehrenbürger von Tel Awiw

Der Stadtrat von Tel Awiw hat beschlossen, den bekannten Industrieführer Johann Kremenetzky, in Würdigung seiner großen Verdienste um die zionistische Bewegung, anläßlich seines 85. Geburtstages zum Ehrenbürger zu ernennen. Johann Kremenetzky ist auch Ehrenbürger der Stadt Wien. Er ist einer der ersten Mitarbeiter Theodor Hezls.

Um das Gesundheitswesen in Palästina

Wie mitgeteilt wird, soll in diesem Jahre schon die Sorge für die Erhaltung des gesamten Gesundheitswesens in Palästina vom Jischuw selbst übernommen werden. Die bisherigen Zuschüsse aus dem Ausland zur Erhaltung der verschiedenen jüdischen Gesundheitseinrichtungen sollen in Hinkunft wegfallen.

Die Beiträge ausländischer Organisationen und des Keren Hajessod für Krankenfürsorge und Gesundheitswesen in Palästina betrugen in den letzten fünf Jahren insgesamt etwa 100.000 Pfund. Die amerikanische Frauenorganisation »Hadassah« hat zu dieser Summe etwa 80.000 Pfund beigetragen. In diesem Jahre wird sich die »Hadassah« bloß mit 25.000 Dollar an der Erhaltung ihrer eigenen Anstalten in Palästina beteiligen. Der Keren Hajessod stellt die Subventionierung der Krankenkassen vollständig ein. Der Beschluß, das Gesundheitswesen Palästinas vom Ausland unabhängig zu machen, ist ungeachtet der Tatsache gefaßt worden, daß die Ansprüche des Jischuw an das Gesundheitswesen gerade in den letzten Jahren stark gestiegen sind. Offiziellen Statistiken zufolge sind derzeit etwa 170.000 Juden in Palästina für den Krankheitsfall versichert. Es soll jetzt ein besonderer Landesgesundheitsrat geschaffen werden, der sich mit allen Fragen, die den Gesundheitszustand der verschiedenen Kreise des Jischuw betreffen, befassen soll.

Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs

Mittwoch, 9. Mai, 8 Uhr abends

Parteiratssitzung

Erscheinen aller Parteiräte Pflicht!

Kundgebung in der Provinz Österreichs

Die revisionistische Ortsgruppe

Linz

hielt Donnerstag, den 26. April eine glänzend besuchte Massenkundgebung für die drei Gefangenen Zions ab. Einhellig wurde eine Resolution angenommen, in der der tiefsten Entrüstung über das entwürdigende Schauspiel des einzigartigen Justiz-Skandals Ausdruck gegeben und den drei nationalen Märtyrern der Gruß entboten wird.

Wir geloben, schließt die Resolution, uns mit euch, Brüdern im Kerker und mit unserem Führer Vladimir Jabotinsky enger verbunden zu fühlen als je zuvor

In der revisionistischen Ortsgruppe

Baden

sprach Sonntag, den 29. April P. Haller über den Jerusalemer Prozeß. Der Vorsitzende M. Gourary verlas eine Resolution, die zur aktiven Hilfe für die drei Gefangenen aufruft.

◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆

Für „Stavsky und Genossen"

Ausweis »Judenstaat« Nr. 52.

Sammlung im Hebräischen Pädagogium: M. Breitbart —.50, J. Hirsch —.50, M. Lefkowitsch —.50, Meerberg —.50, N. N. —.50, E. Roth —.50, B. Schwarz —.50, Ph. S. —.50, Dr. Sandler 1.—, Dr. Stein —.50, R. Zwerling —.50.

Sammlung beim Vortrag Haller in Baden: Alex., Kurt, Walter Smetana 5.—, Schallinger sen. 1.—, Dr. Lichtwitz 1.—, Pfeifer —.50, Borisowicz 1.—, Schallinger jun .—.50, Fritz Steinberg 1.—, Kurt Smetana 1.—.

Ausweis Nr. 52	Summe	S 17.50
Ausweis Nr. 51		S 631.75
		Kc 20.—
	Summe	S 649.25

Der Landesverband der Zionisten-Revisionisten Österreichs drückt seinen Gesinnungsgenossen, Herrn Gustav und Franz Mandel (St. Pölten) anlässlich des schmerzlichen Verlustes, den sie erlitten haben, des Todes ihrer Mutter, sein innigstes Beileid aus.

Revisionistische Monatschrift in Amerika

New York. Hier ist die erste Nummer des neuen revisionistischen Monatsjournals »Our Voice« erschienen, die von Elias Ginzberg, dem Präsidenten der revisionistischen Landesorganisation Amerikas redigiert wird.

Das in prachtvollem Druck und starkem Umfang erschienene erste Heft enthält Aufsätze von Jakob de Haas, Vl. Jabotinsky, Prof. J. Klausner, Elias Ginzburg u. a. und interessante Informationen über die Arbeit des amerikanischen Revisionismus.

Der Jüdische Hochschulausschuß veranstaltet gemeinsam mit der Vereinigung Jüdischer Hörer a. d. Hochschule für Welthandel, einen, am Samstag den 5. Mai 8 Uhr abends im Zentralheim der Judäa stattfindenden Rezitationsabend des Herrn Samuel Schwager.

Er liest: Schalom Alejchem, Tunkeler, Nadir u. a.

Leset den Judenstaat

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Landesverband der Zionisten - Revisionisten Oesterreichs, Wien, I., Adlergasse 4, für den Inhalt verantwortlich Dr. Heinrich Glücker, Wien, 8., Lammgasse Nr. 10. — Druck: Appel & Co., Wien, IX., Liechtensteinstraße Nr. 21. Telephon Nr. A 16-1-14